

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**20.12.2017**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**5 Jugend und Soziales**  
Schriftführung  
Hans Jörg Fedder  
Telefon-Nr.  
**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung  
von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 30.11.2017**

Sitzungsort

**Geänderter Sitzungsort: TREFFpunkt AnnaHaus, Schmidt-Blegge-Str. 18, 51469 Bergisch  
Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:25 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 28.09.2017 - öffentlicher Teil**  
*0495/2017*
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 **Frauenpolitische Informationen**  
*0455/2017*
- 6 **TREFFpunkt AnnaHaus, Vorstellung der Einrichtung**
- 7 **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 8 **Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2018 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**  
*0506/2017*
- 9 **Neubau der Notunterkunft Hoppersheider Busch 9**  
*0502/2017/1*
- 10 **Informationen für den Integrationsrat über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**  
*0501/2017*
- 11 **Sachstandsbericht bei der Aufnahme von Geflüchteten und Asylbewerbern in Nordrhein-Westfalen und bei deren Zuweisung an die Kommunen**  
*0493/2017*
- 12 **Aktuelle Änderung im Landesbeamtengesetz (LBG) und Auswirkungen auf den Gleichstellungsplan 2017 - 2021**  
*0496/2017*
- 13 **Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende**  
*0488/2017*
- 14 **Weiterführung des ExAzubiTreff durch den GI Service gGmbH**  
*0515/2017*
- 15 **Anträge der Fraktionen**
- 16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

**N**     **Nicht öffentlicher Teil**

**1**     **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**

**2**     **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

**3**     **Mitteilungen des Bürgermeisters**

**4**     **Anträge der Fraktionen**

**5**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Holz-Schöttler eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG).

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Frau Schlich darauf aufmerksam, dass diese Sitzung auf Wunsch des Ausschusses im TREFFpunkt AnnaHaus stattfindet. Da der Sitzungsverlauf nicht wie gewohnt aufgenommen werden kann, bittet sie darum, keine Zwischengespräche zu führen. Die Schriftführerin Frau Stitz und ihr Stellvertreter Herr Freimuth sind erkrankt. Daher übernimmt heute Herr Fedder die Schriftführung.

Sodann teilt Frau Holz-Schöttler mit, dass die Vorsitzende Frau Holtzmann aus persönlichen Gründen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Frau Holtzmann lässt die Ausschussmitglieder grüßen und wünscht allen eine schöne Adventszeit. Frau Holz-Schöttler begrüßt sodann die Ausschussmitglieder und besonders den neuen Stadtkämmerer Herrn Stein, der heute erstmals an einer Sitzung des ASWDG teilnimmt.

Frau Holz-Schöttler gibt bekannt, dass Frau Holtzmann als Ausschussmitglied von Herrn Kühl vertreten wird. Herr Dresbach vertritt Herrn Krasniqi, Frau Peetz vertritt Frau Bähler-Sarembe und Herr Zupan vertritt Frau Misini. Herr Pick wird sich verspäten, da er im Stau steht. Er nimmt ab 17.30 Uhr an der Sitzung teil. Hinsichtlich der Vertretungen wird auf das Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) hingewiesen.

Frau Holz-Schöttler stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Stein bedankt sich für den freundlichen Empfang und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit. Für die Verwaltung zieht er den Tagesordnungspunkt **Ö 9: Neubau der Notunterkunft Hoppersheider Busch 9** zurück. Aufgrund der zu dieser Einrichtung geführten Gespräche und neuer Erkenntnisse wird das Projekt verwaltungsintern überdacht und neu geplant. Danach wird das Gespräch mit den betroffenen Anwohnern gesucht. Auf der Basis dieser Überlegungen und Gespräche wird der Politik ein neuer Beschlussvorschlag unterbreitet.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 28.09.2017 - öffentlicher Teil - wird ohne Anmerkungen genehmigt.

Im ASWDG besteht darüber Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt **Ö 6: TREFFpunkt AnnaHaus, Vorstellung der Einrichtung** vorzuziehen.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 28.09.2017 - öffentlicher Teil**  
0495/2017

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Frau Holz-Schöttler weist auf das Heidkamper Familienweihnachtsfest am 15.12. hin (die Einladung wurde auf die Plätze verteilt) und „Klänge der Stadt“ am 10.12. um 17.00 Uhr im Kardinal-Schulte-Haus hin. Frau Koshofer berichtet über diese Veranstaltung. Der Eintritt sei frei, aber es wird um Spenden gebeten.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Schlich stellt mit Frau Mrziglod, eine neue Mitarbeiterin im Bereich Soziales, vor. Ihre Stelle sei zunächst auf zwei Jahre befristet. Frau Mrziglod befasst sich mit der Integration von Flüchtlingsarbeit in die Bergisch Gladbacher Netzwerke im Rahmen des Stadtteilmanagements.

5.1. **Frauenpolitische Informationen**  
0455/2017

Herr Stark bedauert unter Hinweis auf Ziffer 3 der Mitteilung (fehlende Betreuungsangebote zwingen Mütter in Teilzeit), dass nicht alle gewünschten Ganztagsplätze an Grundschulen zur Verfügung gestellt werden. Hier würden – auch in der Beschlussfassung dieses Ausschusses – falsche Prioritäten gesetzt. Er bittet darum, in den Fraktionen für eine andere Prioritätensetzung zu werben.

Frau Schlich berichtet auch aus der Beratung im Jugendhilfeausschuss, dass diese Problematik nicht unbedingt eine finanzielle Frage sei. Vielmehr ließen auch der bauliche Zustand bzw. die baulichen Gegebenheiten der Grundschulen die Schaffung weiterer Plätze nicht zu.

In Bergisch Gladbach liege die Versorgung bei 72 %. Dieser Versorgungsgrad reiche leider nicht aus; Frau Schlich verweist in diesem Zusammenhang auf eine Vorlage im nächsten Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie im nächsten Jugendhilfeausschuss (s. JHA-Vorlage TOP Ö 12, DS-Nr. 0537/2017). Ergebnis einer Elternbefragung sei, dass bis zu 82 % der Eltern eine Betreuung in unterschiedlichem Umfang wünschen. Derzeit prüfe die Verwaltung an den besonders neuralgischen Schulen bauliche Möglichkeiten. Meistens sei es allerdings so, dass der Platz für zusätzliche Bauten fehlt und in den Schulen zusätzliche Räume für OGS fehlen. Zusätzliches Problem sei, dass es keinen Rechtsanspruch auf Offene Ganztagschule gibt, sodass Land und Bund die OGS auch nicht ausreichend fördern.

Herr Stein ergänzt, dass bislang kein OGS-Platz aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden konnte. Die zusätzliche Nachfrage durch den Zuzug von Familien stoße wie bereits dargestellt an bauliche Grenzen. Dazu komme, dass die Anmelde- und Aufnahmeverfahren an den Schulen relativ spät (im späten Frühjahr) stattfinden. Auch dadurch würde es schwierig, für jedes Kind einen Platz zu finden. Wichtig sei ihm auch, die Kommunikation mit dem Ziel zu verbessern, dass alle Beteiligten so frühzeitig wie möglich über den jeweils aktuellen Kenntnisstand verfügen. Dies alles bedeute aber auch, dass diese Betreuung jedes Jahr ein bisschen teurer würde.

Frau Fahner verweist auf die Vielschichtigkeit des Problems. Die Stadt Bergisch Gladbach tue auf diesem Gebiet sehr viel mehr als andere Städte. Über die genannten Probleme hinaus sei der Markt für Erzieherinnen ziemlich leergefegt – auch weil es sich um relativ schlecht bezahlte Stellen handelt.

Zu Ziffer 1 der Vorlage (Digitale Gewalt gegen Frauen nimmt zu) ergänzt sie, dass der Arbeitskreis „Mädchen und junge Frauen“ das Thema am 21.03.2018 unter dem Titel „Cybermobbing und grenzverletzendes Onlineverhalten gegen Mädchen“ aufgreift. Diese Veranstaltung findet im Kreishaus statt und beginnt um 15.00 Uhr.

Frau Koshofer erinnert an die Bemühungen der Stadt, genügend Kindergartenplätze zu schaffen. Die Probleme resultieren teilweise aus dem fehlenden Bewusstsein dafür in Deutschland. Erforderlich sei ein Kataster, aus dem zukünftige Ansprüche im Kindergarten- und im Schulbereich ersichtlich sind.

Frau Scheerer weist die Kritik Herrn Starks zurück und verweist darauf, dass alle Städte das gleiche Problem hätten: zu wenig Platz, zu wenige Angebote für die Nachfrage. Nach ihrem Gefühl würden die Kommunen vom Land und vom Bund im Stich gelassen.

Frau Holz-Schöttler begrüßt, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung steht. Im Grunde müsste dieses Thema auch in anderen Ausschüssen, z. B. im Planungsausschuss behandelt werden.

## **6. TREFFpunkt AnnaHaus, Vorstellung der Einrichtung**

Die Leiterin der Seniorenbegegnungsstätte TREFFpunkt AnnaHaus, Frau Schültingkemper, stellt ihre Einrichtung vor:

Die Begegnungsstätte ist in ein Wohnhaus für Senioren integriert. Die Wohnungen werden von der RBS unabhängig vom Betrieb der Begegnungsstätte vermietet. Die RBS habe auch die Räume der Begegnungsstätte zur Verfügung gestellt; die Begegnungsstätte kooperiert mit der RBS.

Die Begegnungsstätte gibt es seit 50 Jahren. Den Besuchern wird ein ganzheitliches Programm (u. a. Sportangebote in Kooperation mit Blau-Weiß Hand, Kultur, Vorträge in Kooperation mit dem Katholischen Bildungswerk, kreative Angebote bis zu Mahlzeiten) angeboten. Zu den Angeboten gehört auch Boje, ein Angebot für demenziell erkrankte Menschen zur Entlastung der Angehörigen. Einmal im Quartal wird ein Programmheft herausgegeben. Leider sei das aktuelle Programmheft vergriffen.

Die hauptamtliche Arbeit im AnnaHaus wird von zwei halben Stellen geleistet. Es steht eine Reinigungskraft zur Verfügung. Der Hauptteil der Arbeit wird von 60 Ehrenamtlichen geleistet, die teilweise schon über 80 Jahre alt sind. Es besteht immer Bedarf an weiteren ehrenamtlichen Kräften.

Im Stadtteil kooperiert die Begegnungsstätte mit verschiedenen Einrichtungen wie der katholischen und der evangelischen Kirchengemeinde, mit den CBT-Wohnhäusern u. a. Insgesamt sei die Begegnungsstätte im Stadtteil gut vernetzt.

Die Begegnungsstätte kann auf den Seniorenfond „Kleiner Geldbeutel“ der Caritas für finanziell nicht so gut gestellte Senioren zugreifen. Dieses Hilfeangebot gibt es noch nicht sehr lange, wird aber zunehmend in Anspruch genommen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden wie folgt beantwortet:

Das Angebot des AnnaHauses wird auf der Internetseite der Caritas Rhein-Berg dargestellt. Auch das Programmheft ist als pdf-Datei abrufbar.

Frau Schültingkemper verweist auf Anfrage Frau Schlichs auf die Finanzierung des „Kleinen Geldbeutels“ durch die Rundschau-Altenhilfe und bedankt sich abschließend für die Bewilligung der Gelder für die Begegnungsstätten.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich Frau Holz-Schöttler bei Frau Schültingkemper für ihren Vortrag.

## **7. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

Herr Basyigit berichtet aus der letzten Sitzung des Integrationsrates über die Diskussion auf Landesebene, dem Koalitionsvertrag entsprechend den Kommunen zu überlassen, einen Integrationsrat oder einen Integrationsausschuss einzurichten. Bei den Integrationsausschüssen würden Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende vom Rat benannt werden und nicht über einen Migrationshintergrund verfügen müssen. Sie werden nicht von den Migranten direkt gewählt. Nach entsprechenden Kontakten über die LAGA mit dem zuständigen Fachminister Herrn Dr. Stamp habe dieser erklärt, dass es keinen Verzicht auf Integrationsrat und Integrationsausschuss geben wird. Durch die Koalitionsverhandlungen in Berlin liege dieses Thema auf Eis. Während der Sitzung des Integrationsrates letzte Woche habe ein Vertreter des Landesintegrationsrates den Sachverhalt erläutert. Bürgermeister Urbach habe dem Integrationsrat seine Unterstützung versichert. Eine Neuregelung solle zu den nächsten Wahlen 2020 in Kraft treten.

Frau Koshofer verweist darauf, dass sich Herr Dr. Stamp seit Jahren mit dem Thema Integration befasst. Sie geht von einer sehr sorgfältigen Beratung aus. Auf jeden Fall werde es Versammlungsmöglichkeiten für Migrantenvertreter geben.

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass es auch für Senioren- und für Inklusionsbeiräte keine gesetzlichen Vorgaben gebe. Gleichwohl würde in den Kommunen auch ohne landesgesetzliche Vorgaben gearbeitet. Andererseits sei die letzte Sitzung des Integrationsrates nicht beschlussfähig gewesen, weil nicht genug gewählte Mitglieder anwesend waren. Daher konnte der Integrationsrat auch kein Votum für die Tagesordnungspunkte Ö 13 und Ö 14 der heutigen Sitzung geben. Es müsse erlaubt sein darüber nachzudenken, dem Integrationsrat durch eine stärkere Einbindung in die politischen Zusammenhänge eine stärkere Verbindlichkeit zu geben. Das Netzwerk, das ein Integrationsrat brauche, hätte er auf anderem Wege auch, wenn nicht sogar besser. Sein Anliegen sei, auf die gewählten Mitglieder des Integrationsrates dahingehend einzuwirken, ihr Amt auch auszuüben.

Verschiedene Ausschussmitglieder verweisen darauf, dass der Integrationsrat zum ersten Mal nicht beschlussfähig war.

Frau Stauer legt auf einen unabhängigen Integrationsrat großen Wert. Man müsse nicht unbedingt Ratsmitglied sein, um die Interessen der Zugewanderten wahrzunehmen. Nicht jede Partei sei repräsentativ mit Mitgliedern mit Migrationshintergrund ausgestattet. Grundsätzlich sei sie dafür, am bestehenden Modell festzuhalten.

Frau Münzer verweist darauf, dass in der Frage Integrationsrat oder Integrationsausschuss noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Bergisch Gladbach könne auch zu der Entscheidung kommen, am Integrationsrat festzuhalten.

Frau Scheerer verweist darauf, dass auch Migranten und Migrantinnen, die nicht aus der EU stammen, den Integrationsrat wählen dürfen und damit Gehör finden. Auch sie verweist auf die Möglichkeit Bergisch Gladbachs, eine unabhängige Entscheidung zu treffen.

Frau Schlich verweist auf das Meinungsbild der in der Sitzung des Integrationsrates anwesenden Mitglieder, auch wenn keine Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten Ö 13 und Ö 14 der heutigen Sitzung gefasst wurden. Den Mitgliedern des Integrationsrates wird das Verfahren bei Abwesenheit schriftlich mitgeteilt, um eine erneute Beschlussunfähigkeit zu verhindern.

## **8. Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2018 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen** *0506/2017*

Herr Stark verweist auf Ausführungen auf Seite 16 der Einladung, wonach das Land nicht alle Kosten im Bereich Flucht oder Migration abdeckt. Er möchte wissen, ob sich diese

Vorgehensweise durch die neue Landesregierung ändert. In Bayern würden zumindest fast alle Kosten erstattet. Nach seinem Verständnis bestimmen Bund und Länder die Zahl der ankommenden Migranten und müssten daher auch die Kosten tragen.

Herr Stein weist darauf hin, dass in Bayern der Freistaat für die Unterbringung der Migranten zuständig sei. Die alte Landesregierung Nordrhein-Westfalens habe mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Bestandsaufnahme vereinbart. Dies führe die neue Landesregierung fort. In diesen Monaten werden die konkreten Aufwands- und Ertragspositionen in allen Städten und Gemeinden in NRW ausgewertet, um im Jahr 2018 festzustellen, ob es auskömmlich ist. Die Landespolitik müsse dann entscheiden, ob die entsprechenden Pauschalen angehoben werden, ob die Methodik verändert wird oder welche Schlussfolgerungen man daraus zieht. Nach seiner Kenntnis stehen alle Städte und Gemeinden in NRW auf dem Standpunkt, dass hier nachgebessert werden muss.

Frau Koshofer berichtet, die Kommunen würden intensiv anmahnen, die Gelder durchzureichen und die Städte damit zu entlasten. Sie stellt folgende schriftliche Anfrage zur Produktgruppe 05.530 (Asyl und Integration):

„Meine Fraktion möchte hinsichtlich der hohen Kosten aus den Fehlbeträgen die genauen Kostenarten erfragen. Die vorgelegte Aufschlüsselung ist unzureichend, um die genauen Aufwendungen zu erkennen.

Die Transparenz ist damit nicht gegeben. Wie setzen sich die Zahlen zusammen?

Am Samstag, den 2. Dezember, haben wir unter Teilnahme des Kämmerers Herrn Stein Haushaltsberatungen. Können Sie Herrn Stein konkrete Zahlen mitgeben?“

*(Die Anfrage ist als Anlage beigefügt.)*

Herr Stein vermutet, der FDP-Fraktion gehe es darum, nicht nur die im Haushaltsbuch abgebildeten Produktgruppen, sondern die Darstellung von Ertrag und Aufwand bezogen auf jedes Produkt zu bekommen. Er sagt zu, diese Unterlagen, sofern gewünscht, jeder Fraktion zur Verfügung zu stellen. *(Anmerkung der Verwaltung: Dies ist am Freitag, dem 01.12.2017, erfolgt.)*

Herr Dr. Bernhauser erklärt, der CDU-Fraktion sei wichtig zu sehen, dass die Kosten in diesem Bereich dem geringeren Zuzug von Flüchtlingen entsprechend deutlich zurückgegangen sind. Die Stadt habe mit den Betreuungsverbänden (DRK, Sicherheitsfirmen) neue Verträge ausgehandelt. Auch hier sind deutliche Einsparungen vorgenommen worden, sodass sich die neue Situation in dieser Haushaltsposition gut wiederfindet. Er verweist darauf, dass im neuen Haushalt die Einrichtung neuer Personalstellen geplant ist und möchte konkret wissen, ob es auch Personalstellen im Bereich Soziales gibt.

Diese Anfrage beantwortet Frau Schlich dahingehend, dass es für den Sozialbereich tatsächlich keine *neue* Stelle gibt, dass aber in der Flüchtlingsarbeit befristet eingerichtete Stellen entfristet werden. Dabei handelt es sich um drei Stellen für Sozialarbeiter, sechs Stellen für Hausmeister der Unterkünfte, zwei Stellen Sachbearbeitung Unterkünfte und 1,5 Stellen Sachbearbeitung für Leistungsgewährung im Asylbewerberleistungsrecht. Weil es sich bisher um befristete Stellen handelt, laufen diese während der Befristung zusätzlich zum Stellenplan. Aus verschiedenen rechtlichen und sozialen Gründen schlägt die Verwaltung vor, diese Stellen in unbefristete Stellen umzuwandeln.

Herr Stark erinnert daran, dass in der Produktgruppe 05.530 noch keine Personalkosten eingearbeitet wurden. Er möchte wissen, in welcher Höhe ungefähr diese Personalkosten anfallen. Herr Stein erklärt, in der Änderungsliste seien diese Personalkosten erfasst. Frau Tillmann verweist darauf, dass die Personalkosten im Haushalt erfasst, aber noch nicht der neuen Produktgruppe zugeordnet wurden.

*(Anmerkung der Verwaltung: in der Produktgruppe 05.530 – Asyl und Integration sind für 2018 Personalkosten in Höhe von 1.843.885 € veranschlagt.)*

Auf Anfrage Frau Koshofers nach den Ladenlokalen im Kenfenheuer-Gebäude erläutert Frau Schlich den Sachstand. Die Möblierung sei erfolgt. Der Tageskindertreffpunkt in Trägerschaft des DRK ist für Kinder gedacht, deren Tagesmutter erkrankt ist, und hat seine Arbeit aufgenommen. Die dort zukünftig tätigen Tagesmütter lernen derzeit die Tagesmütter kennen, bei denen sie für ein paar Tage zu Gast sind, bevor sie in den Räumlichkeiten des Kenfenheuer-Gebäudes ihre

Arbeit aufnehmen. An der Decke des Ladenlokals müssten auch noch Schallschutzmaßnahmen vorgenommen werden.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, dass im Stellenplan neu geschaffene Stellen für das Ordnungsamt vorgesehen sind, um die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen. Die Klientel dieser Ordnungskräfte bräuchten auch eine soziale Ansprache und soziale Betreuung. Daher sei es der CDU-Fraktion ein Anliegen, dass die zusätzlichen Kräfte eine Art Sozialberatung/soziale Betreuung anbieten oder zumindest dahin vermitteln können. In Bergisch Gladbach gebe es qualifizierte Beratungs- und Betreuungsstellen, die eventuell einbezogen werden können.

Frau Holz-Schöttler verweist darauf, dass die Diskussion in der SPD-Fraktion ebenfalls in diese Richtung ging.

Frau Stauer ergänzt Frau Holz-Schöttlers Ausführungen dahingehend, dass ein Stück weit an den Ursachen gearbeitet werden müsse; daher sei Streetwork sehr wichtig. Sie verweist auf erfolgreiche Modelle wie die „Nachtwächter“ in Bremen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, möchte Frau Holz-Schöttler über den Beschlussvorschlag abstimmen lassen. Aus dem ASWDG wird jedoch darauf hingewiesen, dass der ASWDG üblicherweise keine Beschlussempfehlung gibt, sondern die Entscheidung in den Rat schiebt. Im Ausschuss besteht darüber Einvernehmen, auch in der heutigen Sitzung so zu verfahren.

**9. Neubau der Notunterkunft Hoppersheider Busch 9**  
*0502/2017/1*

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**10. Informationen für den Integrationsrat über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**  
*0501/2017*

Auf Anfrage Frau Scheerers teilt Frau Tillmann mit, dass in Lückerath von 286 Plätzen 186 belegt sind. In der Unterkunft Paffrath sind von 153 Plätzen 94 belegt.

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass auf Seite 44 oben 500 Personen ohne Duldung angegeben werden und möchte wissen, ob es sich dabei um Asylbewerber handelt, deren Verfahren noch laufen. Wäre das so, sei das unbefriedigend, da die Verfahren beschleunigt werden sollten.

Frau Tillmann bestätigt, dass sich diese 500 Personen noch im Verfahren befinden; für sie bekäme die Stadt 866 € pro Person.

Frau Koshofer verweist auf Angaben des Städte- und Gemeindebundes, wonach sich Asylbewerber/Flüchtlinge der Abschiebung entziehen. In anderen Fällen säßen die betreffenden Personen im Gefängnis; in diesen Fällen müsste die Abschiebung unmittelbar bei Haftentlassung erfolgen. Sie möchte wissen, ob solche Fälle auch in Bergisch Gladbach vorkommen und wie damit umgegangen würde.

Frau Schlich bestätigt, dass es solche Einzelfälle gebe. Für die Abschiebung sei aber nicht die Stadt zuständig, sondern die Ausländerbehörde.

Herr Kockmann verweist darauf, dass die Unterkunft in Paffrath mit weniger als 100 Personen belegt sei, von denen viele in Einzelzimmern untergebracht wären. Dies habe sich als positiv herausgestellt. Er möchte wissen, ob die Stadt bis Ende Dezember weitere Flüchtlinge erwarten könne. Die letzte Statistik ist von August 2017.

Frau Tillmann berichtet, die Quote habe sich nur minimal verändert. Die Aufnahmeverpflichtung sei aber auf 78 Personen gesunken. Anstatt weitere 50 Personen bis Ende des Jahres aufnehmen zu

wollen, warte die Stadt derzeit ab und beobachte, wie sich die Quote weiter verändert. Bergisch Gladbach beobachte auch die Quoten anderer Städte; auch insofern seien andere Städte eher zur Aufnahme verpflichtet. Dieses Jahr sei in Bergisch Gladbach nicht mit weiteren Flüchtlingen zu rechnen.

**11. Sachstandsbericht bei der Aufnahme von Geflüchteten und Asylbewerbern in Nordrhein-Westfalen und bei deren Zuweisung an die Kommunen**  
0493/2017

Frau Schlich erläutert die Vorlage.

**12. Aktuelle Änderung im Landesbeamtengesetz (LBG) und Auswirkungen auf den Gleichstellungsplan 2017 - 2021**  
0496/2017

Frau Fahner erläutert die Vorlage und stellt fest, dass keine Überarbeitung des Gleichstellungsplanes erforderlich ist. Allerdings müsse die dem Plan zugrundeliegende Liste überarbeitet werden. In dieser Liste waren Beamte und Angestellte zusammengeführt; Beamte und Angestellte müssen jetzt getrennt in Listen erfasst werden. Auch habe sich die Quote verändert: Unabhängig vom Unterbau gelte die 50 % - Quote. Die erfolgten Änderungen werden dem ASWDG vorgestellt.

**13. Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende**  
0488/2017

Herr Stark kritisiert die Formulierung auf Seite 66 „ . . . , die regelmäßig von bis zu 12 Teilnehmerinnen besucht wird. . . .“ Es müsste zu berechnen sein, wie viele Besucherinnen durchschnittlich die Gruppe besuchen. Frau Münzer berichtet, durchschnittlich acht Frauen würden die Gruppe besuchen.

Herrn Dr. Bernhauser interessiert die Frage, ob die Initiative bei entsprechenden Problematiken (z. B. Schwangerschaftsberatung) auf die Fachstellen verweist oder die Frauen dorthin begleitet.

Frau Stauer möchte wissen, ob schon eine Beratung in Richtung Zuflucht zum Frauenhaus erforderlich wurde.

Herr Gürster fragt nach einer professionellen Beratung der Frauen z. B. durch die Polizei oder Streetworker.

Frau Schlich berichtet, dass vermutlich leider keine dieser Frauen aufgrund ihrer Sozialisation zu einer Beratungsstelle oder zur Polizei gehen würden. Es handelt sich bei den Power-Frauen um ein ganz niederschwelliges Angebot. Den Teilnehmerinnen würden die Beratungsstellen aber selbstverständlich genannt und empfohlen. Die angesprochene Vernetzung besteht.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Zur Weiterführung der Mädchen- und Frauengruppe „Power-Frauen“ der Initiative 180°-Wende im Jahr 2018 wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel ein Zuschuss in Höhe von 6.000 € zur Verfügung gestellt.

**14. Weiterführung des ExAzubiTreff durch den GI Service gGmbH**  
0515/2017

Herr Stark möchte wissen, warum dieses Projekt auf Azubis mit Migrationshintergrund beschränkt wird.

Dazu verweist Frau Schlich zunächst auf die Geschichte des ExAzubiTreffs. In diesem Bereich ist die Verbesserung der Integration ein Ziel. Die Kapazitäten und Ressourcen dieses Projektes sind geeignet, diesen Personenkreis zu bedienen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits erfolgreich eine Ausbildung durchliefen, werben bei anderen jungen Menschen mit, aber auch ohne Migrationshintergrund für eine Ausbildung.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Zur Weiterführung des ExAzubiTreff im Jahr 2018 durch die GL Service gGmbH wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel ein Zuschuss in Höhe von 23.900 € zur Verfügung gestellt.

**15. Anträge der Fraktionen**

Es werden keine Anträge gestellt.

**16. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Weber möchte wissen, warum der Aktionsplan Inklusion, den der Inklusionsbeirat beschlossen hat, noch nicht veröffentlicht wurde.

Herr Stein berichtet über nochmalige Diskussionen des Aktionsplanes innerhalb der Verwaltung. Es habe sich noch ein erheblicher Ergänzungs- und Überarbeitungsbedarf ergeben. Es würde eine modifizierte Fassung erstellt.

Herr Dr. Bernhauser sieht es als Schiefelage, dass die Stabsstelle Inklusion dem Baudezernat zugeordnet ist. Der Aktionsplan Inklusion umfasse zwar auch viele bauliche Maßnahmen, aber nicht nur solche. Mit der Zuordnung sei er unzufrieden. Er möchte wissen, wie die Kommunikation so sichergestellt wird, dass der zuständige Fachausschuss und dessen zuständiger Fachdezernent immer in die Entwicklungen und Pläne eingeweiht sind.

Herr Stein verweist darauf, dass Strukturen und Zuständigkeiten einerseits und handelnde Personen andererseits nicht immer übereinstimmen müssen. Es gebe nicht immer nur eine richtige Lösung.

Die derzeitige Situation habe er bei seinem Amtsantritt so vorgefunden. Nach knapp acht Wochen im Dienste der Stadt wolle er noch nicht deren Strukturen infrage stellen. Er gehe davon aus, mit den Kollegen der anderen Dezernate gut zusammen zu arbeiten.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt Frau Holz-Schöttler den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.24 Uhr.

**N Nicht öffentlicher Teil**

**1. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 28.09.2017 - nicht öffentlicher Teil - wird genehmigt.

**2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Frau Holz-Schöttler trägt keine Mitteilungen vor.

**3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

**4. Anträge der Fraktionen**

Es werden keine Anträge gestellt.

**5. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Frau Holz-Schöttler wünscht Frau Holtzmann alles Gute, wünscht allen Anwesenden eine schöne Adventszeit, bedankt sich bei der Verwaltung für ihre Mühe und schließt die Sitzung um 18.25 Uhr.

gez.:  
Brigitte Holz-Schöttler  
stv. Ausschussvorsitzende

gez.:  
Hans Jörg Fedder  
stv. Schriftführer